

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptpostamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz, — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Sächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassentkonto: Dresden 55 527

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialsteigerungen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Lageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingiechhübel, Kleinheussdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Pörschdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardsdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischgräbe, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Joh. Walter Hiele
Verantwortlich: A. Kopschapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Pettizeile 15 Pfg., für unwichtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarische Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“
„Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsförderung u.ä. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 37

Bad Schandau, Montag, den 14. Februar 1927

71. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Nach den bisher vorliegenden Berichten sind die gestrigen Stadtverordneten- und Kreiswahlwahlen in den Kreisen Hindenburg, Reuthen, Gleiwitz und Ratibor ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen sehr schwach und betrug in den Städten etwa 50 Prozent.

* In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde in Pankow eine 27-jährige Hausangestellte ermordet und beraubt aufgefunden. Der Täter konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

* Die litauische Regierung dementiert nunmehr offiziell alle in der letzten Zeit verbreiteten Meldungen über eine deutsch-litauische Zollunion.

* Washingtoner Meldungen zufolge rechnet man mit einer baldigen Reintervention der Vereinigten Staaten in Nicaragua. Man will beide Präsidenten, sowohl Diaz wie Sacaja, zum Rücktritt veranlassen und Neuwahlen ausschreiben lassen. Es ist aber anzunehmen, daß Sacaja nur der Waffengewalt weicht.

Wirtschaftsinteresse — Gesamtinteresse

Zu der in einer Denkschrift der Regierung an den Reichstag festgestellten überaus großen Zunahme des Zusammenschlusses größerer Wirtschaftskreise in Deutschland wird uns von einem fachmännischen Mitarbeiter geschrieben:

Gewiß mag im Wirtschaftsleben manche Überlegung eine Rolle spielen, die nicht rein wirtschaftlicher Natur ist; aber selten geschieht das zum Nutzen der Wirtschaft. Wenn der bekannte Großindustrielle Dr. Silberberg sich zu der Frage „Wasserstraßen und Wirtschaft“ äußert, wie das im Enqueteauschuß zur Untersuchung der deutschen Wirtschaftslage soeben geschehen ist, so wird er die Wasserstraßenbaupolitik gleichfalls lediglich unter dem Gesichtspunkt prüfen, ob sich wirtschaftlich der Bau von Kanälen lohnt. Dr. Silberberg verneint diese Frage, stellt sich vielmehr auf den Standpunkt, daß lediglich die vorhandenen Kanäle erhalten, die in Angriff genommenen fertiggestellt werden sollten und mehr nicht. Wenn er aber beispielsweise dem Main-Donau-Kanal seine Zustimmung gibt, so geschieht das aus politischen Gründen, nämlich im Hinblick auf den Anschlußgedanken, obwohl er sich darüber klar ist, daß an eine Rentabilität dieses Kanals ebenso wenig zu denken ist wie bei anderen Kanalprojekten, wo politische Erwägungen mitspielen.

Dieser rein wirtschaftliche Standpunkt, der nur die Rentabilität eines Unternehmens ins Auge faßt, ist meistens maßgebend gewesen auch für die große Umstellung, die nach der Währungsstabilisierung in Deutschland erfolgt ist. Die in diesen Tagen erscheinende Denkschrift der Reichsregierung über „Konzernne, Interessengemeinschaften und ähnliche Zusammenschlüsse im Deutschen Reich“ illustriert diese Entwicklung, die an sich ja nur die Fortsetzung der schon lange bestehenden Zusammenschlußbewegung ist, die aber nach der Stabilisierung der Währung ganz andere und anschwellende Formen annahm. Wir alle kennen aus den Zeiten der Inflation den Namen Stinnes. Mag man von ihm sagen, daß er an Werken und Unternehmungen zusammenkaufte, was nur irgend möglich war, — von dem „richtig“ oder „unrichtig“ abgesehen, war sein Handeln doch bestimmt von dem Gedanken der „vertikalen Konzentration“. Von der Kohle, von dem Eisenerz an bis zum feinsten elektrischen Apparat soll die gesamte Erzeugung in einer Hand liegen, von einem Geist beherrscht werden. Daß Stinnes diesen Gedanken durchführen konnte, daß er außerdem hinausgriff über die deutschen Grenzen und sich auch an anderen Stellen eine Rohstoffquelle zu verschaffen in der Lage war, lag vor allem an der Schwäche der deutschen Wirtschaft infolge ihrer Unterhöhlung durch die Inflation. Und mit dem Ende der Inflation war auch das Ende der „vertikalen Konzentration“ gekommen, ohne daß damit gesagt sein soll, daß dieser Gedanke zur wirtschaftlichen Unrentabilität führen mußte. Nach der Stabilisierung hat die Entwicklung nun andere Wege genommen. Die bedenkenlose Anhäufung von Sachwerten hörte auf, der Aufkauf von Unternehmungen mit geborgtem Kapital, das entwertet zurückgezahlt wurde, hatte ein Ende und vor allem ließ das Interesse an der Rohstofficherung deswegen nach, weil mit Hilfe der stabilisierten Mark Rohstoffe aus der ganzen Welt bezogen werden konnten, die im Überfluß vorhanden waren. An die Stelle der Festlegung in Sachwerten trat die zwingende Notwendigkeit, „liquide“ zu sein, d. h. über ein großes Betriebskapital verfügen zu können. Es wurde darum zur Unmöglichkeit, einen Konzern von der Kohle bis zum elektrischen Apparat überhaupt zu übernehmen, geschweige denn zu leiten, und die Entwicklung ging nun dahin, nicht mehr in der früheren Form „vertikal“, in die Breite, alles mögliche zusammenzuschließen, sondern man war bestrebt, die Produktionsgruppen „horizontal“ vom

Urprodukt zu einer bestimmten Sache bis zur „Fertigstellung“ zusammenzubringen, ohne daß man sich freilich dabei eng an ein Schema hält. Wenn z. B. der größte deutsche Konzern in der Schwerindustrie, die Vereinigten Stahlwerke, sich eine Rohstoffbasis sichert, also über Erzwerke und Eisenhütten verfügt, so ist das keine Durchbrechung des Gedankens der „horizontalen“ Konzentration. Die Kartelle, die sich so herausbilden, und zwar auf allen Gebieten der wirtschaftlichen Betätigung, stehen ganz unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität. Das ist ihr volkswirtschaftlicher Vorzug. Stillgelegt wird alles, was nicht rentabel arbeitet, was Zuschüsse verlangt. Im Laufe der letzten Jahre ist diese Rationalisierung der deutschen Wirtschaft ununterbrochen durchgeführt worden, um die deutsche Erzeugung auf dem Weltmarkt wieder wettbewerbsfähig zu machen.

Die zweite Aufgabe dieser Kartelle ist nun die Absatzregulierung; sie stößt freilich auf die Interessen der Verbraucher. Hier ist der Punkt, wo die privatwirtschaftlichen Interessen der Kartelle, also der Grundsatz des größtmöglichen Verdienstes, leicht in Widerspruch geraten können mit dem Wunsche des Verbrauchers nach möglichst billigen Preisen. Hierüber ein Bild zu gewinnen war der Grund, warum der Reichstag von der Regierung das Erscheinen der erwähnten Denkschrift verlangt hat, weil ein mittlerer Weg gefunden werden muß zwischen den im Konzern zusammengehalten und ihr privatwirtschaftliches Interesse im Auge habenden Erzeugern auf der einen Seite und den Verbrauchern auf der anderen, die nicht hilflos der ersten Seite ausgeliefert sein dürfen. Im Vaterlande der

Erzst. Amerika, hat man es versucht, gesetzgeberisch durch Zwangsmaßnahmen gegen die Erztst. vorzugehen und ist dabei gescheitert; daraus müssen wir in Deutschland lernen, um diese weltwirtschaftlich zwangsmäßige Entwicklung in Bahnen zu lenken, die zum Wohle des Ganzen führen.

Eingabe der Gewerkschaften.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben soeben an die Reichsregierung, den Reichstag und an den Reichswirtschaftsrat eine Eingabe zur Kartell- und Monopolfrage gerichtet. Es wird darin auf die zunehmenden Zusammenschlüsse in Industrie und Handel hingewiesen und betont, daß sich die bisherige Gesetzgebung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen als unzureichend erwiesen habe. Eine schnelle Ausgestaltung der gesetzgeberischen Maßnahmen auf diesem Gebiete ist daher dringend notwendig. Die Gewerkschaften fordern eine verstärkte Mitwirkung der Arbeitnehmer an der Wirtschaftsführung und des weiteren eine Kontrollgesetzgebung für alle monopolistischen Bestrebungen. Insbesondere soll ein Kontrollamt für Kartelle und andere monopolistische Unternehmungen errichtet werden.

Unterzeichnet ist die Eingabe vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, vom Allgemeinen freien Angestelltenbund, vom Allgemeinen deutschen Beamtenbund, vom Deutschen Gewerkschaftsbund und vom Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände (S.-D.).

Neuer Vorschlag an Polen

Unterbrechung der deutsch-polnischen Verhandlungen

Eine deutsche Note für Polen.

Die Besprechungen innerhalb der Reichsregierung über die Polen gegenüber einzunehmende Haltung haben zu dem Ergebnis geführt, daß an Polen eine Note überreicht worden ist, in der die deutsche Regierung vorschlägt, die Verhandlungen mit Polen solange zu unterbrechen, bis die Warschauer Besprechungen über eine eventuelle Aufhebung der Ausweisungsbefehle zum Abschluß gekommen sind. In Verbindung hiermit soll zunächst zwischen Deutschland und Polen über das Niederlassungsrecht der Deutschen in der Polnischen Republik verhandelt werden. Wenn eine Verständigung in diesem Punkte erreicht wird, sollen die Verhandlungen über den eigentlichen Handelsvertrag fortgesetzt und zum Abschluß gebracht werden. Sollte die polnische Regierung diesen deutschen Vermittlungsvorschlag nicht annehmen, dann würden die Verhandlungen über den Handelsvertrag allerdings als zwecklos abgebrochen werden.

Die deutsche Regierung steht auf dem Standpunkt, daß ein Handelsabkommen zwischen Deutschland und Polen seinen Wert verlieren würde, wenn es den Vertretern der deutschen Industrie und des Handels in der Praxis unmöglich gemacht würde, sich in Polen aufzuhalten. Deshalb legt die deutsche Regierung entscheidenden Wert auf eine vorherige Verständigung über das Niederlassungsrecht deutscher Kaufleute in Polen. Die deutsche Regierung ist durchaus bereit, die Verhandlungen über das eigentliche Handelsabkommen möglichst zu beschleunigen und zum Abschluß zu bringen, wenn über diese prinzipielle Frage durch ein Entgegenkommen der polnischen Regierung eine Verständigung erreicht werden könnte.

Die deutsche Regierung hat sich deshalb zu dem positiven Vorschlag entschlossen, zunächst die Handelsvertragsverhandlungen auszusetzen, um über diese wichtige Voraussetzung, nämlich das Niederlassungsrecht, zu einem gültigen Abkommen mit der polnischen Regierung zu gelangen. Sollte die polnische Regierung sich dazu geneigt zeigen, dann bestünde Aussicht, innerhalb weniger Wochen zu einem Handelsvertrag zu gelangen.

Die Note an Polen!

Pause in den Handelsvertragskonferenzen.

In dem Schreiben, das der deutsche Bevollmächtigte für Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, Staatssekretär a. D. Dr. Lewald, dem polnischen Bevollmächtigten, Herrn von Pradzynski überreichte, heißt es:

„Wie bekannt ist, hat die deutsche Regierung in den letzten Wochen bei der polnischen Regierung wegen der

Ausweisung von vier leitenden Beamten der Oberschlesischen Kleinbahnelektrizitätswerke u.ä. Vorstellungen erhoben. Für die deutsche Regierung handelte es sich bei diesen Vorstellungen nicht nur um die Wahrung der persönlichen Interessen der betroffenen Reichsangehörigen. Maßgebend war vor allem der Umstand, daß die polnischen Behörden, insbesondere in Polnisch-Oberschlesien, in den letzten Monaten systematisch die Politik verfolgten, Reichsangehörige, die in wirtschaftlichen Unternehmungen tätig sind, aus diesen Stellungen durch behördlichen Druck auf die Unternehmungen oder durch Nichtgenehmigung der Aufenthaltserweiterung zu verdrängen.

Die polnische Regierung hat trotz der deutschen Vorstellungen die erwähnten Reichsangehörigen zum Verlassen des polnischen Staatsgebietes gezwungen. Sie hat damit aufs neue zu erkennen gegeben, daß sie nicht gewillt ist, auf die deutschen Vorschläge in der Frage des Aufenthalts und der Niederlassung einzugehen. Ich beehre mich daher, Ihnen mitzuteilen, daß nach Auffassung der deutschen Regierung eine vorläufige Aussetzung der in Berlin geführten Verhandlungen geboten ist.

In der Zwischenzeit würde zunächst der Versuch zu machen sein, diejenigen Fragen zu regeln, die sich aus den Ausweisungen und Verdrängungen der in Rede stehenden Art ergeben. Ich hoffe, daß diese Verhandlungen unverzüglich aufgenommen werden und zu einem Ergebnis führen, durch das der Wiederholung ähnlicher Zwischenfälle vorgebeugt und die baldige Wiederaufnahme der Gesamtverhandlungen ermöglicht wird.“

Deutsch-polnische Schlichtungskommission.

Die angekündigte deutsch-polnische Schlichtungskommission zur Regelung der Streitfälle über den Erwerb oder Verlust der Staatsangehörigkeit oder die Gültigkeit einer Option nach dem Wiener Verträge wird am 15. Februar d. J. in Warschau zusammentreten. Die Schlichtungskommission kann sich grundsätzlich nur mit Streitfragen über Staatsangehörigkeit (Erwerb, Verlust und Option) befassen, die noch unerledigt in der Schwebe sind.

Kabinet Pilsudski vor dem Sturz?

Abberufung des obererschlesischen Wojwoden.

In der Warschauer Sejm-Sitzung wurde bei der Abstimmung über den Etat in zweiter Lesung der Dispositionsfonds des Außenministers für die Vertretung in Genf sowie Kredite für das erst kürzlich geschaffene Ministerium für Post und Telegraphie gänzlich gestrichen und der Dispositionsfonds des Innenministeriums von zwei auf eine Million Zloty gekürzt. Da die Montag stattfindende Abstimmung in dritter Lesung ein ähnliches Ergebnis haben dürfte, ist mit einem Rücktritt Pilsudskis zu rechnen.

Mit dem Rücktritt des Wojwoden Gracynski (Oberschlesien) wird in aller nächster Zeit gerechnet. Sein Nachfolger soll der polnische sozialistische Sejmabgeordnete Bieniakiewicz werden.